

Winnender Zeitung

www.zvw.de



ZVW Zeitungsverlag Waiblingen E 5759

Samstag, 9. / Sonntag, 10. März 2024

174. Jahrgang Nr. 58 2,90 Euro

Winnenden

Backhaus Birkmannsweiler: Geld da, Bau-Erlaubnis nicht

Für den Neubau des Birkmannsweiler Backhauses haben viele Leute Geld und Sachleistungen zugesagt. Schon seit Ende 2023 hat die Kultur- und Heimatvereinigung die gesamte Bausumme beieinander. Allein, ihr fehlt noch immer die Baugenehmigung. Dass diese im Herbst 2023 vorliegen würde, war offenbar eine allzu optimistische Annahme. Die drei Vorsitzenden erzählen von ihren Erfahrungen mit der Baurechtsbehörde des Gemeindeverwaltungsverbands – ließ die jüngste Sitzung des Gemeinderats den Knoten platzen?

► Seite B 1



Backhaus-Modell.

Foto: Büttner

Rems-Murr

Die Bahn: Pars pro toto für den fatalen Rückzug des Staats

Ist die Bahn ein Symbol des Zerfalls? Steht sie als Beispiel für den Rückzug des Staates aus gesellschaftlich wichtigen Aufgaben? Ist sie Sinnbild für alles, was nach der Privatisierung kaputtgespart wurde? Arno Luik gilt als Bahnkritiker und spießt die Fehlentwicklungen bei der Deutschen Bahn regelmäßig auf. Dass Stuttgart 21 Ende 2025 nur teilweise in Betrieb gehen kann, überrascht ihn gar nicht. Erstaunt ist er allerdings über die Geduld der Bürgerinnen und Bürger.

► Seite C 1

HEUTE UND MORGEN



09.03.+10.03.
11.00 - 17.00 UHR

SCHORN DORF
BARBARA-KÜNKELIN-HALLE

EINTRITT FREI

Wir sind für Sie da

Aboservice (07151) 566-444
aboservice@zvw.de
8.00 - 12.00 Uhr

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
17814,51 Pkt. -28,34 Pkt.	4963,61 Pkt. -10,61 Pkt.	1,0932 Dollar +0,37 Cent

Wetter



Mittags 15° | Nachts 1°

Heiter bis sonnig, ein paar Wolken und meist trocken



Der Erfolgstrainer bleibt

Nur wenige Stunden vor dem 2:0-Sieg des VfB Stuttgart gegen Union Berlin verlängert der Fußball-Bundesligist den Vertrag von Trainer Sebastian Hoeneß vorzeitig.

Meinungsverschiedenheiten: EnBW-Chef legt Posten nieder

Andreas Schell verlässt wegen Differenzen über die Konzernstrategie mit sofortiger Wirkung den baden-württembergischen Energieversorger. Vorstandskollege Georg Stamatelopoulos folgt ihm nach.

VON ANDREAS SCHRÖDER

KARLSRUHE. Andreas Schell ist nicht mehr Chef des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW. Der Aufsichtsrat habe der Bitte des 54-Jährigen zugestimmt, sein Amt mit sofortiger Wirkung niederzulegen, und Georg Stamatelopoulos zum neuen Vorstandsvorsitzenden ernannt. Das teilte das Unternehmen am Freitag überraschend mit. Stamatelopoulos (54) ist im EnBW-Vorstand für das Ressort „Nachhaltige Erzeugungsinfrastruktur“ zuständig.

Nach seiner außerordentlichen Sitzung nennt der Aufsichtsrat eine zentrale Begründung für den Wechsel an der Spitze: „Wesentlicher Grund sind unterschiedliche Auffassungen zwischen Aufsichtsrat und Vorstandsvorsitzendem in entscheidenden Fragen der strategischen Weiterentwicklung des Unternehmens.“ Das Land Baden-Württemberg, die OEW Energie-Beteiligungs GmbH und kommunale Verbände aus Baden-Württemberg halten rund 97,5 Prozent der Anteile an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW).

„Wir bedauern diesen Schritt, der im gegenseitigen Einvernehmen stattfindet.“

Lutz Feldmann, EnBW-Aufsichtsratsvorsitzender



Foto: dpa/Marjan Murat

Trotz intensiver Diskussionen habe in den vergangenen Monaten keine Einigkeit über die weitere strategische Ausrichtung des Unternehmens erzielt werden können, sagte Lutz Feldmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats. Worum es dabei geht, teilte die EnBW nicht mit. Zu Monatsbeginn hatte der Konzern mit Regina Wilde eine neue Strategiechefin verpflichtet.

Schell trat Mitte November 2022 sein Amt an. Sein Vertrag wäre bis November 2025 gelaufen. Der Manager war zuvor Chef des Motorenspezialisten Rolls-Royce Power Systems. Sein Nachfolger Stamatelopoulos ist seit knapp 15 Jahren bei der EnBW und spielt laut Aufsichtsrat eine zentrale Rolle beim Strategiewechsel des Unternehmens.

Der 54-Jährige habe in den vergangenen Jahren den Umbau des Konzerns „äußerst erfolgreich“ vorangetrieben. Das beinhalte den Ausbau von Wind- und Solarenergie, die Planung neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke, den Ausstieg aus der Kernenergie und „absehbar auch aus der Kohleverstromung“, wie Feldmann sagte. Stamatelopoulos' Vertrag läuft bis 31. Mai 2029.

Bund beteiligt sich an Korridor für Gazahilfe

Ein Seekorridor soll der notleidenden palästinensischen Zivilbevölkerung Unterstützung zukommen lassen.

BERLIN. Deutschland wird sich nach Angaben der Bundesregierung am geplanten Hilfskorridor für Gaza auf dem Seeweg beteiligen. „Zur Umsetzung des Korridors stehen wir in ständigem Kontakt mit unseren Partnern, insbesondere mit Zypern, den Vereinigten Arabischen Emiraten, den USA und der EU-Kommission“, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amts in Berlin.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte bereits mitgeteilt, dass Deutschland gemeinsam mit Verbündeten an einem Hilfskorridor für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen arbeite. „Das Leid in Gaza wird mit jedem Tag furchtbarer und ist ehrlich gesagt kaum mehr in Worte zu fassen“, sagte Baerbock in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihrem britischen Kollegen David Cameron.

dpa

Länder prüfen Kürzungen bei ARD und ZDF

Rundfunkkommission will mehr Klarheit bei Kanälen, Personal und Sportrechten – ARD-Chef Gniffke sieht Sender nicht „in der Krise“.

MAINZ/STUTTGART. Die Rundfunkkommission der Bundesländer will mehr Klarheit über Einsparmöglichkeiten bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Dazu hat sie einen Prüfauftrag an die Expertenkommission KEF erteilt, der unter anderem eine mögliche Zusammenlegung der Angebote des Deutschlandradios mit dem Ereigniskanal Phoenix umfasst, den Umfang teurer Übertragungsrechte von Sportereignissen oder den Zusammenschluss von TV-Spartenkanälen wie ZDF neo und ARD one.

Die Ergebnisse dieser Prüfungen sollen im Herbst vorliegen; erst dann, so sagte Nathanael Liminski (CDU), Medienminister von Nordrhein-Westfalen, wolle man über die bereits vorliegende Empfehlung der KEF entscheiden, den monatlichen Rundfunkbeitrag aller Haushalte und Unternehmen ab 1. Januar 2024 um 58 Cent auf dann 18,94 Euro zu erhöhen. Mehrere unionsgeführte

Landesregierungen haben dies allerdings schon kategorisch ausgeschlossen.

Der ARD-Vorsitzende Kai Gniffke verteidigt derzeit seine Rundfunkanstalten gegen den Vorwurf, zu wenig Reformwillen zu zeigen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, so sagte Gniffke im Gespräch mit unserer Zeitung, stecke auch nicht in der Krise: „53 Millionen Deutsche nutzen täglich die ARD.“ Keineswegs seien die Kosten beim Ersten zu hoch; die Programme seien nicht teuer, sondern „vielfältig und umfangreich“. Enorme Sparleistungen seien bereits aus eigener Kraft auf den Weg gebracht; so würde bereits der Ausbau digitaler Angebote in Höhe von 250 Millionen Euro durch „Umschichtungen“ finanziert.

Im Jahr 2022 zahlten die Bürger und Unternehmen insgesamt 8,57 Milliarden Euro Rundfunkbeitrag für die Sender von ARD, ZDF und Deutschlandradio. red/dpa

Kommentar

EnBW zieht die Reißleine

Der Konzern korrigiert mit der Ernennung des krisenerprobten neuen Chefs auch einen eigenen Fehler.

VON ANDREAS SCHRÖDER

Bei der Mitteilung des EnBW-Aufsichtsrates muss man nicht zwischen den Zeilen lesen. Der EnBW-Aufsichtsratschef Lutz Feldmann benennt klar, warum Andreas Schell den Chefposten des Energieversorgers verlassen hat oder letztlich verlassen musste: Chef und Aufsichtsrat konnten sich nicht einigen, wie es bei der EnBW strategisch weitergehen soll. Und das mitten in der Energiewende und angesichts weltweiter geopolitischer Krisen und Kriege; in Zeiten also, in denen der Konzern trotzdem eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung für Bürger und Unternehmen gewährleisten muss.

Und wenn der neue Chef Georg Stamatelopoulos, der seit 15 Jahren an zentralen Stellen im Unternehmen wirkt, bestens vernetzt ist und geschätzt wird, davon spricht, er wolle in der Energiewende von Strom über Wärme bis zur Mobilität in die „richtigen Projekte“ investieren, dann ist offensichtlich, was das heißt. Schell hat nicht nur nach Ansicht seines Vorstandskollegen an entscheidenden Stellen vieles falsch gemacht.

Schell wiederum gebührt Respekt, seinen Rücktritt angeboten und damit weiteren Diskussionen über seine Person ein Ende bereitet zu haben. Denn mit der Ernennung von Stamatelopoulos hat der Konzern eine Entscheidung korrigiert, die sich als Fehler erwiesen hat: die Berufung eines branchenfremden Managers. Stamatelopoulos muss nun beweisen, dass er die versprochenen „richtigen Maßnahmen“ ergreifen kann.

Kritischer Blick auf Coronamaßnahmen

BERLIN. Andrew Ullmann (FDP) hat vorgeschlagen im Bundestag eine Enquetekommission zur Aufarbeitung der Coronamaßnahmen einzusetzen. SPD und Grüne lehnen das ab. Laut Ullmann gehe es darum zu klären, ob Hilfen in die richtige Richtung geflossen seien und ob einzelne Regeln während der Pandemie berechtigt gewesen seien.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hält eine Enquete für unnötig. Die Aufarbeitung habe an anderer Stelle schon begonnen. Der Grünen-Abgeordnete Janosch Dahmen sieht die Gefahr, dass die Kommission zu einem Schlagabtausch führe. Die Enquetekommission kann nur entstehen, wenn sich ein Viertel der Bundstagsabgeordneten dafür ausspricht. bwa